

Gegen Militärintervention im Niger - Solidarität mit den Anti Kolonialen Forderungen des nigrischen Volkes

In Niger wurde eine unpopuläre repressive Regierung, die das Land dem französischen Neokolonialismus zur Ausplünderung ausgeliefert hat, vom Militär Nigers gestürzt. Laut Aussage nigrischer Gewerkschaftsführer und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen sind mehr als vier Millionen Menschen in ganz Niger auf die Straße gegangen und begrüßten den Sturz der amtierenden Regierung. Wir wissen nicht, wohin das Militär Nigers steuert und welches ihr politisches Projekt ist. Ob sie die angekündigte zweite Entkolonialisierung des Landes wahr machen, wird sich noch herausstellen. Aus historischer Erfahrung ist Skepsis angebracht.

Aber wir wissen, welche Forderungen die nigrischen Gewerkschaften, antiimperialistische Organisationen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen an die Militärs stellen: Freilassung aller politischen Gefangenen des sozialen Protests, welche die gestürzte Regierung massenhaft inhaftierte.

Europäische Konferenz am 8. Juli 2023

„Gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“

Am 8. Juli trafen sich Kolleg*innen aus 15 europäischen Ländern, Kräfte des Widerstandes gegen den Krieg, zu einer Videokonferenz.

„Uns alle hier auf dieser Konferenz vereint der Wille zum Kampf gegen diesen mörderischen militärischen und sozialen Krieg, den die Regierungen - unter dem Kommando der USA - entfesseln. Damit wird aber diese Konferenz auch zu

8 July 2023 European Conference

Against war, against social war

8. Juli 2023 Europäische Konferenz

Gegen den Krieg, gegen den sozialen Krieg

8 juillet 2023 Conférence européenne

Contre la guerre, contre la guerre sociale

8 de julio de 2023 Conferencia Europea

Contra la guerra, contra la guerra social

einem Auftrag an uns, uns zu vereinen und alles zu tun, um unsere Kämpfe gegen die kriegstreibenden Regierungen in jedem Land zu stärken und zu fördern. (...) Wie können wir der Arbeiterschaft,

den Völkern helfen, sich für die Aktionen gegen den Krieg und gegen den sozialen Krieg ihrer Regierungen in jedem Land zu mobilisieren?“ (aus dem Schlusswort)

Es wurde vorgeschlagen, ein *Europäisches Verbindungskomitee* „gegen den Krieg – gegen den sozialen Krieg“ zu schaffen.

Ein erstes Treffen von Vertretern der hier anwesenden Länder per video wurde für Ende September vereinbart!

Zu den vorgeschlagenen Aktivitäten gehört die Überlegung, einen europäischen Präsenz-Kongress gegen den Krieg in Berlin Anfang 2024 vorzubereiten.

Eine Dokumentation der Beiträge auf der Konferenz wird in Kürze erscheinen.

Auf der homepage

<https://gegendenkrieg-gegendensozialenkrieg.info> sind jetzt schon die Beiträge abrufbar, sowie ein Faltblatt zur Konferenz.

Strafmaßnahmen gegen die Regierungsvertreter, die sich einer unglaublichen Korruption schuldig gemacht haben. Rückführung des geraubten Eigentums an das Volk. Ende der neokolonialen Knebelverträge mit Frankreich und die Ressourcen, wie Uran, in tatsächliches Volkeigentum zu überführen. Das Uran gehört dem gesamten nigrischen Volk und nicht bloß den Eliten, die sich von Frankreich haben bestechen lassen. Auch fordert das Volk Nigers den Abzug ausländischer Soldaten aus dem Land.

Indessen droht eine militärische Intervention des Westens in Niger. Ausführen soll dies die vom Westen kontrollierte westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS). NATO, EU und die USA destabilisieren Afrika, treiben den Kontinent in den Krieg, um deren Bodenschätze zu kontrollieren. Es wird im Fall einer Militärintervention vor einem Bürgerkrieg gewarnt, der im 7.-ärmsten Land der Welt und in der ganzen Region nur eine Katastrophe auslösen kann. Nigers Gewerkschaften, linke und andere Zivilgesellschaftliche Organisationen rufen dazu auf, gegen die drohende Militärintervention sich hinter der patriotischen Militär Junta zu sammeln. Sie solidarisieren sich mit dem Aufruf der Sahel Nachbarstaaten Burkina Faso, Mali und Guinea, die ebenfalls vor einer Militärintervention in Niger warnen und sich auf die Seite Nigers stellen. Algerien und Tschad haben sich deutlich gegen eine Militärintervention von ECOWAS ausgesprochen.

In dieser Situation einer drohenden völkerrechtswidrigen neokolonialen Einnischung erwarten wir eine Solidarisierung des Parteivorstandes Der Linken mit den Anliegen der nigrischen Bevölkerung in ihren Kampf gegen den Neokolonialismus und gegen eine drohende völkerrechtswidrige militärische Intervention. Die Partei Die Linke muss sich entscheiden, auf wessen Seite sie steht. Auf Seiten der antikolonialen Forderungen des nigrischen Volkes oder auf der Seite jener, die nach Intervention im Niger rufen, um die neokoloniale Herrschaft des Westens aufrechtzuerhalten.

Wir das Netzwerk „Was tun“ solidarisieren uns mit den Anliegen der nigrischen Bevölkerung, neokoloniale Bevormundung und Armut zu überwinden. Wir rufen dazu auf, gegen eine drohende Militärintervention zu protestieren. Die westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, die den Auftrag hat, die Schmutzarbeit des Westens zu erledigen, muss daran gehindert werden, einen Krieg gegen das nigrische Volk zu beginnen.

Ein Angriff auf den NIGER ist völkerrechtswidrig. Wir rufen den Parteivorstand dazu, auf eine klare Haltung einzunehmen und das Problem nicht durch Schweigen auszusitzen. Zu schweigen ist Komplizenschaft mit dieser Bundesregierung, die Frankreich hilft, die neokoloniale Ordnung zugunsten der imperialistischen Interessen Frankreichs und der USA aufrechtzuerhalten.

Zur Lösung der Krise in Niger unterstützen wir den Aufruf zivilgesellschaftlicher Organisationen in Niger, einen nationalen Dialog zu führen, um zu einem verfassungsmäßigen Weg zurückzufinden, der den Interessen der nigrischen Bevölkerung entspricht.

8.8.2023

„Wir fordern die sofortige und bedingungslose Aufhebung der ungerechten Sanktionen gegen den Niger“

Interview mit Moussa Diallo, Generalsekretär der CGT-B, Allgemeiner Gewerkschaftsbund von Burkina Faso

Am 26. Juli ereignete sich ein Staatsstreich in Niger. Frankreich, die USA, die ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft), die Afrikanische Union... drohen mit Wirtschaftssanktionen und einer militärischen Intervention, wenn Präsident Bazoum nicht umgehend wieder in sein Amt eingesetzt wird. Die nigrische Bevölkerung ist in den letzten Tagen massiv auf die Straße gegangen, um gegen die ausländische Einmischung zu protestieren. Die Militärregierung Guineas hat die Wirtschaftssanktionen der ECOWAS scharf kritisiert und, wie auch Burkina Faso und Mali, mit einer militärischen Intervention zur Verteidigung der nigrischen Putschisten gedroht, sollte die ECOWAS Niger angreifen.

Frage: Wie schätzt die CGT-B diese Situation ein?

Moussa Diallo: Zunächst muss man die Zunahme der Staatsstrieche, ob militärisch oder konstitutionell, in Westafrika allgemein und besonders im Sahel-Sahara-Gürtel klar und deutlich verurteilen. Das heißt klar und konkret: prinzipiell verurteilt die CGT-B den militärischen Staatsstreich in Niger. Bekanntlich sind Staatsstrieche militärische oder zivil-militärische Komplote, über deren Ziele die Völker im Allgemeinen im Dunklen gelassen werden. Darüber hinaus nutzt sie der Imperialismus oft, um den Elan des Kampfes der Völker für eine radikale Veränderung in ihrem Sinne zu brechen. Nach unserer Meinung ist das, was in Niger passiert, ein Ausdruck der inter-imperialistischen Rivalitäten um ihre geostrategische Positionierung und die Kontrolle über die Bodenschätze und Minen Nigers. Es braut sich also eine Art von Stellvertreterkrieg auf dem Rücken des nigrischen Volkes zusammen. Wir werden deshalb weder die Putschisten noch die Sanktionen und die Drohung der ECOWAS mit militärischer Intervention unterstützen, die angeblich dazu dienen sollen, die legitime Macht Mohamed Bazoums wiederherzustellen. Wir sind aus Prinzip gegen eine fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Deshalb unterstützen wir die Sanktionen der Uemoa (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion, die Red.) und der ECOWAS gegen den Niger nicht, weil ihre Auswirkungen für die Arbeiter und das Volk Nigers verheerend wären. Daher fordern wir die sofortige und bedingungslose Aufhebung der ungerechten und ungerechtfertigten Sanktionen gegen den Niger, die die Leiden der Bevölkerung nur verstärken, die schon mit den Angriffen der Terroristen gequält wird.

Frage: In Burkina Faso ist fast 40 Prozent des Territoriums unter der Kontrolle von terroristischen Gruppen, und die Rückeroberung dieser Territorien ist das

Hauptanliegen der Regierung von Kapitän Ibrahim Traoré: Volontaires pour la défense de la patrie (VDP, Freiwillige für die Verteidigung des Vaterlands, die Red.), neue Steuern auf diverse Produkte des täglichen Bedarfs, Kauf von weiterer Militärausrüstung... Wie wirkt sich diese Politik vor Ort und bei den Arbeitern aus?

Moussa Diallo: Beginnen wir mit der Feststellung, dass die Regierung die UAS (Unité d'action syndicale, gewerkschaftliche Aktionseinheit), zu der auch die CGT-B gehört, dazu bringen wollte, eine Umlage von einem Prozent des Monatslohns und die Umsetzung neuer Maßnahmen für ihre Kriegsanstrengungen mitzutragen. Die UAS hatte seinerzeit den Autoritäten des Übergangs klar signalisiert, dass sie bei der Umsetzung dieser Maßnahmen, die die Lebensbedingungen der Arbeiter und der Bevölkerung im allgemeinen weiter prekariisieren würden, nicht mitmachen werde. Sie hatte der Übergangsregierung vorgeschlagen, sich auf die Einziehung der noch einzuziehenden Beträge (Rar) in Höhe von 1 Billion CFA-Francs zu konzentrieren, sowie die Eintreibung der Forderungen des Staates gegenüber den Würdenträgern des Vorgänger-Regimes (insbesondere der Minister und Abgeordneten) und den Kampf gegen Steuer- und Zollbetrug usw. Außerdem hatte die UAS der Übergangsregierung vorgeschlagen, die Bevölkerung der Dörfer zu organisieren und auszubilden und ihnen die Mittel zur Selbstverteidigung an die Hand zu geben. Wir müssen leider feststellen, dass die Regierung sich für die Rekrutierung zu den VDP und zur Erhebung neuer Steuern entschieden hat, die die Produkte, auf die sie erhoben werden, deutlich verteuert haben. Diese Zusatzsteuern sind unsozial und arbeiterfeindlich und werden sicherlich die Lebensbedingungen der Bevölkerung, die das erste Opfer der Sicherheitskrise ist, weiter verschlechtern. Auch neue Steuern auf neue Mobiltelefon-Verträge hat die Bevölkerung als Maßnahme, die ihr

Elend noch vergrößert, zurückgewiesen.

Frage: Die Inflation ist spätestens seit der Corona-

Krise signifikant angestiegen und hat sich mit dem Krieg zwischen Russland und der Ukraine - zwei Hauptexporteure von Getreide, Düngemitteln, Öl und Gas - noch verschärft... Den Preisanstieg bekommen alle Verbraucher zu spüren. Zum Beispiel ruft ein burkinischer Verbraucherverband für den 8. August zum zweiten Mal zum Boykott der Telecom-Gesellschaften (Orange, Moov, Telecel) auf, um gegen die horrenden Preise für die Kommunikation zu protestieren. Wie laufen in diesem angespannten ökonomischen Umfeld die Lohnverhandlungen der Arbeiter Burkina Fasos für einen Ausgleich des Kaufkraftverlustes ab?

Moussa Diallo: Wir sagen hier ganz klar, dass es seit dem Machtantritt der Patriotischen Bewegung für die Rettung und den Wiederaufbau (MPSR) noch keine Lohnverhandlungen zwischen der Regierung und unseren Organisationen gegeben hat. Anlässlich der Veranstaltungen zum 1. Mai 2022 und 2023 haben wir der Regierung zwei Forderungskataloge übergeben, die die wesentlichen Anliegen der Arbeiter enthalten und in denen die Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung in dieser Situation der permanenten Erhöhung der Lebenshaltungskosten den ersten Platz einnimmt. Die Regierung hat uns eine Antwort auf die Forderungen von 2022 zukommen lassen und angekündigt, sehr bald Verhandlungen dazu aufnehmen zu wollen. Was die Forderungen von 2023 betrifft, warten wir immer noch auf eine Antwort der Regierung. In jedem Fall werden wir Euch zum gegebenen Zeitpunkt informieren.

Frage: Möchten Sie noch etwas hinzufügen?

Moussa Diallo: Wir möchten uns bei Euch dafür bedanken, dass Ihr uns erlaubt habt, in Eurer Zeitung über die schwierige Situation zu berichten, in der sich die Völker der Sub-Region Westafrikas befinden.

(erschieden in Informations Ouvrières, Nr. 769)

Pressemitteilung

Die Arbeiterpartei
PT Algerien über Niger

Die Arbeiterpartei PT verfolgt mit großem Respekt und unverbrüchlicher Solidarität die Mobilisierung des Volkes und der Arbeiter in Niger, die den Drohungen der Großmächte (USA, Frankreich, Europäische Union...) und deren Stellvertretern die Stirn bieten.

Sie bekundet ihre grundsätzliche Verurteilung der Einmischung oder Einflussnahme in die inneren Angelegenheiten Nigers und wendet sich gegen jede militärische Intervention in diesem Bruderland, mit dem wir eine gemeinsamen Grenze von fast 1000 km haben.

Nach Ansicht der PT hat nur das Volk in Niger, als einziges, das Recht, über sein Schicksal zu bestimmen.

Die Arbeiterpartei PT weist darauf hin, dass die Ursache für die Sicherheitsprobleme, für Terrorismus und Armut in der Sahelzone die imperialistische Plünderung der natürlichen Rohstoffe der betreffenden Länder ist, sowie die militärische Intervention Frankreichs und Großbritanniens unter der UNO-Flagge 2011 in Libyen.

Sie bekräftigt, dass die Stationierung von Militärbasen imperialistischer Länder in der Region die Sicherheitslage in fast allen Ländern der Sahelzone nur noch mehr verschlechtert hat.

Die PT betont ihre Unterstützung der Mobilisierung des Volkes in Niger zur Verteidigung der Integrität und Souveränität seines Landes. Gleichzeitig begrüßt die PT die Stellungnahmen von politischen Parteien und von Gewerkschaften in Nigeria, Bénin, Südafrika... und vieler politischer und gewerkschaftlicher Organisationen, die dem Internationalen Verbindungskomitee in Afrika (IVK-Afrika) innerhalb der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV) angeschlossen sind. Sie wenden sich gegen den Krieg und eine militärische Intervention in Niger. Die PT stimmt dem Protest all jener politischen, gewerkschaftlichen und Volksorganisationen gegen jede militärische Intervention in Niger zu, die den Auftakt zu Tod und Verderben im Sahel und darüber hinaus auf dem gesamten Kontinent Afrika bilden würde.

- **Hände weg von Niger!**
- **Nein zu jeder militärischen Intervention in Niger!**
- **Nein zum Krieg!**
- **Bedingungslose Respektierung der nationalen Souveränität von Niger!**

Algier, 8. August 2023



19. August, Tausende von Frauen demonstrieren in Niamey, der Hauptstadt von Niger, vor dem französischen Militärstützpunkt und fordern: Haut Ab!

„Bedingungslos an der Seite des Volkes von Niger!“

Erklärung von Louisa Hanoune, Generalsekretärin der Arbeiterpartei PT Algerien

(...) Die drohende militärische Intervention des Auslands in Niger kennzeichnet vor allem die Situation in unserer Region und darüber hinaus. Denn außer den verheerenden Folgen in menschlicher und materieller Hinsicht, die eine solche Intervention in Niger, in der gesamten Sahelzone hervorrufen würde, wäre der gesamte Kontinent Afrika betroffen, auf dem bereits viele bewaffnete Konflikte wie in Libyen, dem Sudan, in Äthiopien toben... (...)

Wir wissen: die Motive für die Absicht der imperialistischen Mächte USA und der EU militärisch in Niger einzugreifen, haben nichts mit der verfassungsmäßigen Rechtmäßigkeit zu tun, genauso wenig wie es Demokratie und Menschenrechte waren, die die verbrecherischen militärischen Interventionen in Libyen, Irak, Afghanistan, Jemen usw. rechtfertigen.

Es geht für die imperialistischen Mächte USA und der EU ausschließlich darum, die Fortsetzung der Plünderung von Nigers Reichtümern zu sichern, während dem nigrischen Volk die elementarsten Lebensbedingungen geraubt werden und es in Elend gestürzt wird. Es geht auch darum, Niger die Aufrechterhaltung einer multinationalen, ausländischen militärischen Präsenz zu diktieren.

Deshalb sagen wir mit allem Nachdruck: Wir wenden uns grundsätzlich gegen jede Form der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Nigers, gegen jede multinationale, ausländische militärische Intervention.

Nur das nigrische Volk allein hat das Recht, über sein Schicksal – und somit über das Schicksal seines Landes – zu entscheiden, denn es ist ausschließlich das Volk, das die verfassungsmäßige Rechtmäßigkeit begründet und ermächtigt ist, sie zu widerrufen, wenn es das für notwendig zur Verteidigung seiner eigenen Interessen hält, in Anbetracht dessen, dass es der einzige Träger der Souveränität ist.

Nur das nigrische Volk allein hat das



Wir sind bedingungslos mit dem Volk von Niger solidarisch und verurteilen scharf die kriminellen Sanktionen, welche die ECOWAS auf Befehl des Imperialismus verhängt hat. Schande über diese Regierungen und Staaten, die ihre aggressive Haltung gegen das Volk von Niger und ihre Vasallentreue gegenüber dem Imperialismus demonstriert haben – Schande über sie!

Fortsetzung auf Seite 24 oben

Fortsetzung von Seite 23: Louisa Hanoune

Wäre es nicht besser, sie lösten ihre großen Probleme und Schwierigkeiten, mit denen ihre Länder zu kämpfen haben und Ursache der unerträglichen Leiden ihrer Völker sind? Hat die Regierung der Elfenbeinküste die blutige Katastrophe vergessen, die nach einer ausländischen Intervention über ihr Land hereinbrach? Wollen sie ignorieren, dass ein Krieg gegen Niger direkte Folgen für ihre eigenen, schon ausgebluteten Länder haben würde?

Solidarität mit dem nigrischen Volk, das zur Verteidigung seines Landes mobilisiert ist. Wir begrüßen die Stellungnahmen der Parteien, Volksorganisationen und des Senats von Nigeria gegen die militärische Intervention, deren kriegstreibende Regierung den Vorsitz von ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) führt und das vom Imperialismus organisierte Regierungskartell gegen Niger leitet. Und das, während Nigeria, größter Ölförderer und –Exporteur Afrikas, von einer unerträglichen wirtschaftlichen und sozialen Katastrophe erschüttert und von einem des brutalsten Terrorismus (Boko Haram) verwüstet wird.

Wir begrüßen die Stellungnahmen der Gewerkschaftsbünde und Stimmen des Volkes der Subregion, angefangen bei den ECOWAS-Mitgliedstaaten, deren Regierungen sich stattdessen in Diensten des Imperialismus gestellt haben, sowie die allgemeinen Stellungnahmen der afrikanischen Länder. (...)

Algier, 9. August 2023

Louisa Hanoune verweist am Schluss auf die Solidarität der IAV und der IVK-Afrika (s. Kästen auf dieser Seite)



Plakat in Niamey, Hauptstadt von Niger am 3. August

„Ein neues Zeitalter und ein neuer Weg für ein deklassiertes Volk Macron ist der Freiheit des afrikanischen Volkes unterlegen“



12.8.: Treffen von Gewerkschaftern auf Initiative der IAV, in Niamey, Niger

Beschluss des IVK-Afrika zur Unterstützung des Volkes und der Arbeiter in Niger

Tapfere arbeitende Bevölkerung in Niger!

„An inzwischen mehreren Tagen habt ihr für das Erbe der Geschichte eures Landes gegen den Imperialismus und seine Handlanger in der westafrikanischen Subregion gekämpft.

Das Internationale Verbindungskomitee in Afrika (IVK-Afrika) gibt euch volle Unterstützung entsprechend seines Grundsatzes, die politischen und militärischen Interventionen des Imperialismus und seiner Handlanger zu verurteilen.

In Übereinstimmung mit der Grußbotschaft der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV) vom 31. Juli 2023 zur aktuellen Lage in Niger bekräftigt das IVK-Afrika hier und heute, dass das Volk in Niger das Recht hat, frei und souverän über seine Zukunft zu entscheiden!

In diesem Sinne verurteilt das IVK-Afrika die verbrecherischen Sanktionen der ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft), die sich nicht gegen Nigers 'Eliten' richten, sondern gegen die Bevölkerung als Hauptopfer. Kann jemand behaupten, ein Volk zu lieben, das es erwürgen will?

Deshalb erklärt das IVK-Afrika:

1. Wir protestieren gegen die Drohungen mit militärischem Eingreifen von verschiedenen Seiten, einschließlich der Regierungen der USA und Frankreichs unter der falschen Flagge der ECOWAS
2. wir ermutigen das Volk und die Arbeiter von Niger, ihren Widerstand fortzusetzen;
3. wir begrüßen die legitimen Maßnahmen, die sie ergreifen werden, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihres Landes sicherzustellen.

Es lebe die Würde und Ehre der Arbeiter und des Volkes von Niger!“

IVK-Afrika, 3. August 2023

Grußbotschaft der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker (IAV)

„Seit ihrer Gründung 1991 hat die Internationale Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker immer gegen politische und militärische Interventionen des Imperialismus Stellung bezogen. Deshalb ist sie der Ansicht, dass heute das Volk in Niger das Recht hat, frei und souverän über seine Zukunft zu entscheiden. Die IAV verurteilt die Drohungen der Regierungen der USA und Frankreichs mit einem militärischen Vorgehen, und genauso die angeordneten Wirtschaftssanktionen. Die Souveränität der Völker ist unantastbar.“

31. Juli 2023